

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Riefaer Tageblatt
Bismarckstr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Gewerkschafts Riefa bestellungsamtlich bestimmte Blatt.

Postkonton:
Posten 1892.
Strotzoff:
Riefa Nr. 22.

Nr. 265.

Montag, 14. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debit. Für den Fall des Stierens von Produktionsverrichtungen, Erhebungen der Höhe und Wertsatzsteuer behalten wir uns das Recht der Herabsetzung und Nachforderung vor. Angelegenheiten der Redaktion sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 20 Pfennig; die 20 mm breite Zeile 100 Pfennig. Zusätzliche und tabellarische Satz 50%, Kufschlag, große Letze, besondere Rabatt nicht, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Uchthage Unterhaltungsbeilage. Empfänger an der Stelle. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Betriebsangehörigen — hat der Empfänger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Retention und Verlag: Langen & Wenzel, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Die Reise nach Wien.

Reichskanzler Dr. Marx und der deutsche Außenminister Dr. Stresemann sind nach Wien zu einem Besuch der österreichischen Regierung abgereist. Die ausdrückliche von deutscher Seite betont wird, ist dieser Reise nach Wien keine besondere politische Bedeutung beizulegen. Sie ist ein Höflichkeitstakt, lediglich die Erwiderung des Besuchs, den Mitglieder der österreichischen Regierung wiederholt der Reichskanzler abstritten. Selbstverständlich soll nicht abgelehnt werden, daß bei der Zusammenkunft Marx' und Stresemann mit dem Bundeskanzler Dr. Seipel auch Fragen herauf werden, die die nachbarlichen Beziehungen der beiden Länder betreffen. Eine Selbstverständlichkeit ist schon durch die wirtschaftliche Abhängigkeit Österreichs von Deutschland bedingt. Wenn im Auslande verurteilt wird, diese Reise nach Wien, die schon seit langem geplant war, als etwas besonders Auffälliges hinzustellen, so ist diese Mutmaßung irrig. Im übrigen kann den deutschen Regierungsmitgliedern keineswegs das Recht abstritten werden, das die Regierungsmitglieder anderer Staaten für sich unbedingt in Anspruch nehmen, nämlich das Recht, Höflichkeitstakte dort abzuhalten, wo es ihnen beliebt. Bei der Wiener Reise des Reichskanzlers und des deutschen Außenministers kommt hinzu, daß sie einem Volke gilt, das durch Sprache, Kultur und enge Bande trotz der willkürlichen trennenden Grenzzeichen auf ewig miteinander verbunden ist. Deutschland hat nie ein Hehl daraus gemacht, ebenso wie es Österreich niemals tat, daß beide Länder den Anschluß auf Grund ihrer Zusammengehörigkeit verlangen. Ebenso wenig hat aber auch Deutschland ein Hehl daraus gemacht, daß es nicht beabsichtigt, irgend eine Bestimmung des Friedensvertrages zu verletzen. Die Haltung Deutschlands und Österreichs zur Anschlussfrage ist bis jetzt so korrekt gewesen, daß sogar der stets beforzte „Tempo“ in seinem Leitartikel, den er der Reise nach Wien widmet, feststellt, daß dieser Besuch in politischer Hinsicht augenblicklich keine praktische Bedeutung habe. Trotz dieser Erkenntnis glaubt das französische Reichstagsblatt, darauf hinweisen zu müssen, daß die stetig anwachsende Zusammenarbeit zwischen dem Reich und Österreich „die Anzeichen zu einem späteren Konflikt trage“. Diese Befürchtung des „Tempo“ entbehrt jeder Begründung. Die Anschlussfrage kann zu keinem Konflikt führen, denn sie unterliegt der Entscheidung durch den Völkerbund. Deutschland und Österreich werden die Anschlussfrage niemals unter Umgehung des Völkerbundes zu regeln versuchen. Im übrigen sei festgestellt, daß die Anschlussfrage nicht allein eine große deutsche Angelegenheit ist, sondern auch eine Frage der Beziehung der österreichischen Verhältnisse. Wenn der „Tempo“ über diese Frage Österreichs nichts anderes angeführt weiß, als den Rat, daß die Politik der alliierten Mächte dazu beitragen möge, Österreich auf wirtschaftlichem Gebiete zu stärken, so redet er, ohne daß er das beabsichtigt, der Anschlussfrage das Wort. Denn der Rat ist alt. Und die alliierten Mächte haben in den neun Jahren, die dem Waffenstillstand folgten, von diesem Rat keinen Gebrauch gemacht.

Ankunft des Reichskanzlers in Wien.

Wien. Reichskanzler Dr. Marx hat sich gestern abend 18.45 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Fischer und Reichspressesekretär Ministerialdirektor Dr. Jochim nach Wien begeben. Zum Abschied hatten sich der Reichskanzler der hiesigen österreichischen Gesandtschaft, Legationsrat Dr. Pacher mit dem österreichischen Pressesekretär, sowie Staatssekretär Dr. von Schubert auf dem Bahnhofe eingefunden. Die in (Frankfurt) heute vormittags nach Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann mit Begleitung mit dem Bus am 9.45 Uhr auf dem Westbahnhof eingefahren. Der Begrüßung hatten sich der Bundeskanzler Dr. Seipel, Vizepräsident Bundeskanzler A. D. Schöberl und andere eingefunden. Beim Verlassen der Automobile wurden die deutschen Gäste von dem versammelten zahlreichen Publikum mit Schreien begrüßt.

Der Reichskanzler über seine Wiener Reise.

Wien. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit Reichskanzler Dr. Marx. In der Veröffentlichung heißt es u. a.: Ich freue mich außerordentlich, wieder einmal nach Wien zu kommen und die überaus angenehmen Erinnerungen aufzufrischen, die mir mein letzter Wiener Besuch hinterlassen hat. Der Herr Reichsaußenminister und ich legen den größten Wert darauf, die persönlichen Beziehungen zwischen den Deutschen und den österreichischen Staatsmännern fortzusetzen und lebendig zu erhalten. Unser Besuch ist eine Erwiderung des Besuchs, den der österreichische Bundeskanzler Krammer vor einiger Zeit in Berlin abgestattet hat. Große politische Auseinandersetzungen sind nicht beabsichtigt und werden während unseres Wiener Besuchs sicher nicht stattfinden. Der Herr Reichsaußenminister Dr. Stresemann trifft, wenn er zur Völkerbundtagung nach Genf fährt, dort regelmäßig dreier- oder viermal im Jahre mit den Staatsmännern der Entente zusammen. Die Besprechungen mit ihnen gehen in Genf zu seinen wichtigsten Aufgaben, und für andere Besprechungen bleibt wenig Zeit übrig. Es ist daher ganz natürlich, daß der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister einmal ehe nach Wien reisen, um die Verbindung mit der engbefreundeten österreichischen Regierung aufrechtzuerhalten. Schon diese Erwägung müßte dazu führen,

Dr. Stresemann über die politische Lage.

W Halle a. d. Saale. In einer anlässlich des Landesparteitages des Wahlkreisverbandes Halle-Merseburg der Deutschen Volkspartei in Halle a. d. Saale im Ballhaus-Theater veranstalteten, von Tausenden besuchten Versammlung sprach am Sonntagabend Reichsaußenminister des Reichs Dr. Stresemann.

Dinischlich der Wirtschaftslage wiederholte Dr. Stresemann die Grundgedanken seiner letzten Reden in Bregenz und in Dresden und vertrat in ausführlichen Darlegungen die Anschauungen des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei unter Betonung des Grundgedankes, daß wir trotz unserer augenblicklich durch eine gute Konjunktur günstigen Wirtschaftslage zu größter Sparsamkeit gezwungen seien. Eine Bieleistigkeit der Verwaltungen, wie sie das Deutsche Reich sowie die Länder und Gemeinden bis jetzt leisteten, entspräche nicht unserer tatsächlichen finanziellen Lage. Angesichts der Nationalisierung, die wir in unserer Wirtschaft durchzuführen, müßten auch auf dem Gebiete der Verwaltungsebene einschneidende Schritte getan werden. Dr. Stresemann erklärte, daß er in Bezug auf die Frage Reich und Länder sich nicht auf den Standpunkt stellen wolle, daß man die Länder zwingen sollte, im Reich aufzugehen. Man dürfe aber Länder, die die Absicht hätten, als Reichsländer in dem Reich aufzugehen, und nicht mit anderen Ländern sich verschmelzen wollen, daran nicht hindern. In dieser Frage werde durch das Fehlen von entscheidenden Bestimmungen in der Reichsverfassung einer Entwicklung, die in manchen Ländern nicht aufzuhalten sei, entgegengetrieben.

Dinischlich des Reichsschulgesetzes führte Dr. Stresemann aus, daß die Deutsche Volkspartei gegenüber diesem Gesetz durchaus positiv eingestellt sei, aber nichts weniger als die als die ausgesprochene Drohung, daß mit dem Nichtaufkommen des Reichsschulgesetzes auch die Koalition fielen. Denn einmal sei in dieser Frage kein Kompromiß wie bei wirtschaftlichen Dingen vorgeschrieben, und weiter habe es die Deutsche Volkspartei nicht vergessen, daß bei dieser Koalition die Deutsche Volkspartei nicht die Reichende, sondern die Gebende gewesen ist.

Ein besonderes Kapitel seiner Rede widmete Dr. Stresemann der Lage der Landwirtschaft.

Die im Gegensatz zu unserer gegenwärtig günstigen industriellen Lage mit Verlust arbeitet, und deren Situation durch ihre starke Verschuldung besonders unersetzlich sei. Gerade weil wir die Kaufkraft und die Produktion der Landwirtschaft dringend benötigen, ist es Pflicht, auf sie Rücksicht zu nehmen bei denjenigen Handelsvertragsverhandlungen, bei denen wir in der schwereren Lage sind, für unseren Export die erforderlichen Möglichkeiten zu schaffen, zumal wir nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern die Steigerung des Exports brauchen und dabei gegen die Wertsperrenpolitik anderer Länder zu kämpfen haben. Interessenausgleich auf dem Gebiete der Handelsvertragspolitik sei ein schweres Kapitel deutscher Regierungsarbeit und es sei ohne gewisse Konzessionen an Agrarländer nicht möglich, eine entsprechende Handelsvertragspolitik zu treffen. Um so mehr sei es Pflicht der Reichsregierung, dem Problem der Entschärfung der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit zu widmen, denn es komme vor allem darauf an, auf landwirtschaftlichem Gebiete dafür zu sorgen, daß unsere Produktion eine steigende wird und daß auch die harten Persönlichkeitswerte, die in einer bodenständigen Landwirtschaft wurzeln, erhalten bleiben.

Dr. Stresemann richtete zum Schluß seiner Darlegungen an seine Parteifreunde die Mahnung, sich darauf einzurichten, daß man nicht unbedingt mit einem normalen Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode des Reichstages rechnen könne. Der Wahlkampf werde seine Schatten voraus. Er lehnte es ab, heute schon eine Wahlparole auszugeben, da nicht die Wahlparole des Tages entscheidend sein werde, sondern der Erfolg der seit der Umwälzung geleisteten sachlichen Arbeit.

daß man an unserem Wiener Besuch nichts Auffällendes findet. Wir müssen, weil die Arbeit hier drängt, bald wieder nach Berlin zurückkehren. Bestimmte Fragen haben wir mit der österreichischen Regierung nicht zu erörtern. Wahrscheinlich wird u. a. auch von dem Entwurf des neuen Strafrechts die Rede sein, das bei beiden Staaten gemeinsam sein soll. Die Verhandlungen hierüber zwischen den Vertretern der beiden Regierungen und der beiderseitigen Parlamente schreiten auf vorwärts, und die deutsch-österreichische Rechtsangleichung wird auf dem Gebiete des Strafrechts wahrscheinlich bald vollkommen sein. Nach einigen schmeichelhaften Worten über Wien schloß der Reichskanzler: Wir wollen, wie gesagt, durch unsere Reise keine bestimmten politischen Zwecke erreichen, sondern kommen nach Wien als treue und aufrichtige Freunde des österreichischen Staates und Volkes.

Brand über die Außenpolitik.

W Paris. In Nantes wurde gestern die Kandidatur Briand's für die kommenden Kammerwahlen aufgestellt.

Im Verlaufe eines ihm zu Ehren veranstalteten Banketts ergriff Außenminister Briand das Wort zu einer großen außenpolitischen Rede. Er erinnerte daran, daß er bereits 1921 in Cannes eine ernste Anstrengung unternommen habe, um in Europa und in der Welt einen soliden Frieden zu schaffen. Er habe damals die Grundlage für eine Organisation gelegt, auf der er hoffte, ein dauerhaftes Gebilde errichten zu können. Die Ereignisse hätten es damals nicht gestattet. Die Stunde sei verstrichen gewesen, Tagwachen aber sei es ihm gelungen, im Völkerbund das Notwendige zu veranlassen in der Gewißheit, daß er im Namen der ungeheuren Mehrheit der Franzosen spreche, und dem jetzigen noch beunruhigten Europa sei es gelungen, die Friedensausichten zu vertiefen. Was kann Frankreich jetzt tun, um seiner Verantwortung treu zu bleiben und die Zukunft, auf die es Anspruch hat, zu haben? Es kann sich nur entschließen dem Frieden anzuwenden und die Völker aufzufordern, im Falle eines Konfliktes juristische Verhandlungen zu organisieren. Ich sehe durchaus nicht ein, inwiefern die Organisation des Friedens den Mut und die Moral einer Nation herabmindern könnte. Zwei Völker, das deutsche und das französische Volk, haben sich Jahrhunderte lang bekämpft. Nur Blut hat die Seiten der Geschichte gefärbt. Ruhe man weiter fort, daß und Mißverständnis unter ihnen aufrecht erhalten? Wäre man sie nicht vielmehr entschlossen einander zuzuhören und ihnen folgen? Es ist doch nicht mehr in den Waffen die Lösung! Ich als Franzose habe das Volk, das achtern unter Hand war, aufgefordert, in den Völkerbund einzutreten. Ich fühle mich dadurch nicht herabgesetzt und habe auch nicht das Gefühl, daß ich Frankreich dadurch herabgewürdigt habe.

Im Völkerbund haben wir Gelegenheit gehabt, aus geschlossen um die Aufrechterhaltung des Friedens zu betreiben. Ich kann nicht sagen die Haltung der Männer folgen, mit denen ich das Locarno-Abkommen unterzeichnet habe. Männer wie Luther und Stresemann, die natürlich die Liebe zu ihrem Lande geleitet hat und die sich um die Interessen ihres Landes kümmerten und erhitzen verweigerten, haben loyal gehandelt. Ich kann ihnen nichts vorwerfen. Ich habe nicht gemerkt, daß sie dies tun wollten, und muß, um gerecht und ehrlich zu sein, hinzufügen, daß diejenigen, die die besiegte Nation vertraten, als sie mit mir, dem Vertreter der siegreichen Nation, zusammenkamen, um vom Frieden zu sprechen, gezwungen waren, eine Sache zu tun, die einen ganz besonderen Mut bedeuerte und eine ernste Sache gegenüber der Offensivität ihres Landes war, und das hat auf mich großen Eindruck gemacht.

Briand erinnerte dann an die Friedensworte, die er vor der Annahme Deutschlands in den Völkerbund gesprochen hat. Staatsmänner irren, wenn sie nur die besonderen Interessen ihres Landes zum Grunde nehmen und nicht auch der Sache der ganzen Menschheit dienen. Ich hätte im Völkerbund schon Gelegenheit gehabt, bittere Worte zu sprechen, die dem Frieden nicht abträglich hätten. Ich habe es nicht getan, sondern Worte gesprochen, die das Herz des besiegten Volkes berührten, ihm begreiflich zu machen, daß, nachdem man sich auf den Schlachtfeldern gegenüber gehalten hat, man auch auf dem Felde des Friedens offen und loyal gegenüberzutreten kann.

In der Geschichte haben sich das deutsche und das französische Volk oft gegenüber gefunden und auf beiden Seiten hat man denselben Mut und dieselbe Selbstopferlichkeit gezeigt. Das deutsche und das französische Volk sind große Völker, sie haben Größe und Fehler wie alle Völker verschiedenen Charakters. Darum sollen sie in allen 10, 20, 30 Jahren auf einander hängen? Wenn das wirklich so sein sollte, dann müßte man an der Zukunft der Völker verzweifeln. Ich rechne es mir zur Ehre an, von Deutschland gefordert zu haben, daß es am Friedenswerk unter Aufrechterhaltung der unterzeichneten Verträge und unter der Bedingung gegenseitiger Loyalität mitarbeitet.

Briand forderte dann, daß die politischen Abkommen durch Wirtschaftsabkommen vervollkommen werden, und suchte schließlich zu beweisen, daß der vor zwei Tagen unterzeichnete französisch-schwedische Vertrag auch ein Friedensvertrag sei, der keinen anderen Staat bedrohe.

Der Streit in der rechtsrheinischen Textilindustrie beendet.

W Barmen, 14. November. Der für die rechtsrheinische Textilindustrie gefällte Schiedsspruch ist heute nacht nach sechsständiger Verhandlung für verbindlich erklärt worden. Die Löhne der Gummihandwerker wurden in einem besonderen Abkommen geregelt. Nach dieser Verbindlichkeitsklärung und den neuen Vereinbarungen wird die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen.